



Webels Woche

Ausgabe 68 / 09.03.2018

Liebe Mitglieder und Freunde der CDU Sachsen-Anhalt,

endlich sind die politischen Weichen für die Bildung der neuen Bundesregierung gestellt. Das Ergebnis des SPD-Mitgliedervotums war viel eindeutiger, als das viele Beobachter für möglich gehalten hatten. Am Ende hatte auch der Großteil der SPD mehrheitlich Interesse an einer stabilen Regierung. Wie wichtig Stabilität und Verlässlichkeit in diesen turbulenten Zeiten sind, zeigt das Ergebnis der italienischen Parlamentswahl. Dort konnten Rechtsextreme und Populisten fast die Hälfte der Stimmen erringen, so dass eine Regierungsbildung völlig offen ist.

Damit ist Deutschland noch stärker als Stabilitätsanker gefordert. Angela Merkel wird in der nächsten Woche im Deutschen Bundestag zum vierten Mal zur Kanzlerin gewählt werden. Anschließend wird dann das neue Kabinett vereidigt. Wichtiger als alle personellen Entscheidungen ist aber die zügige Umsetzung des Koalitionsvertrags. Die Berliner Koalition hat sich viel vorgenommen, um Europa zu stabilisieren und den Zusammenhalt in unserem Land zu stärken, insbesondere im ländlichen Raum. Die neue Bundesregierung wird so viel investieren, wie keine zuvor – in den Breitbandausbau, in Verkehrsinfrastruktur, in Forschung und Entwicklung und in die aktive Gestaltung des Strukturwandels.

Wann immer die FDP Kritik an der Regierungsarbeit üben wird, muss sie sich fragen lassen, warum sie eine andere Koalition und damit auch eine andere politische Schwerpunktsetzung verhindert hat. Es ist eben besser, gut zu regieren, als sich auf Zwischenrufe von der Oppositionsbank beschränken zu müssen. Das gilt natürlich auch in Sachsen-Anhalt. Seit der Landtagswahl ist die Flügelopposition aus AfD und Linkspartei fast nur durch Personalquerelen aufgefallen. Auf tragfähige Alternativen hat die Öffentlichkeit in den vergangenen zwei Jahren vergeblich gewartet. Darum ist es kein Zufall, dass beide Fraktionen bereits ihren Vorsitzenden ausgetauscht haben – in beiden Fällen waren der Ablösung der Spitzenleute andauernde interne Konflikte voraus gegangen. In beiden Fällen wird der personelle Neuanfang jedoch nicht zu einem Kurswechsel führen.

Auch wenn die Links-Rechts-Opposition verbal gern aufeinander losgeht, ist sie sich ähnlich in der Wahl ihrer politischen Mittel und Verbündeten. Beide Parteien streben den Schulterschluss mit der außerparlamentarischen Opposition an. Während die AfD mit PEGIDA gemeinsame Sache macht und immer stärker die Nähe zu rechtsextremistischen Kräften sucht, machen viele Linksaktivisten kein Geheimnis aus ihrer Nähe zur Antifa. Trotzdem arbeiten die Kräfte von links- und rechtsaußen im Landtag oft zusammen, offen oder verdeckt. Das hat auch die Landtagssitzung in dieser Woche leider wieder unter Beweis gestellt. Es ist beschämend, dass die Opposition gemeinsam die Wahl des neuen Datenschutzbeauftragten verhindert hat. Diese Blockade schadet unserem Land und ist allein parteitaktisch motiviert.

Auch die Wiederwahl der Landesbeauftragten zur Aufarbeitung der SED-Diktatur haben Teile der AfD und die Linkspartei – erfolglos – zu verhindern versucht. Dass die SED-Erben in dieser Frage eine ablehnende Haltung einnehmen, ist nicht verwunderlich: die Linkspartei verweigert schließlich bis heute die Auskunft über die verschwundenen SED-Milliarden und ist nach wie vor nicht bereit, die DDR als Unrechtsstaat anzuerkennen. Dass aber auch Teile der AfD einen Schlussstrich unter die Aufarbeitung des SED-Unrechts setzen wollen, zeigt, dass diese Partei bürgerliche Werte mit Füßen tritt. Die CDU hat immer deutlich gemacht, dass es einen Schlussstrich nicht geben darf. Deshalb treten wir auch weiter für eine schonungslose Aufarbeitungspolitik ein. Alles andere wäre ein weiterer Schlag ins Gesicht der Millionen Opfer des SED-Unrechts.

Herzliche Grüße

Ihr

Thomas Webel
Landesvorsitzender



www.cdulsa.de

